

Vorstandssitzung des Deutschen Nationalverbandes.

Heute vormittag trat der Vorstand des Deutschen Nationalverbandes unter dem Vorsitze des Obmannes Doktor Gustav Groß zu einer Beratung zusammen, der auch der Handelsminister Dr. Urban und der Präsident des Abgeordnetenhauses Dr. Sylvester bewohnten. In der Sitzung nahmen teil die Abgeordneten Bacher, Wolf, Sumner, Koller, Lufsch, Döbernick, Hartl, Bodirsky, Ritter v. Ranz, Deut, Waber, Steinwender, Reichmann und Waldner. Die Abgeordneten Dinghofer, Stöhl und Damm hatten sich entschuldigt.

Der Vorsitzende leitete die Verhandlungen mit einem politischen Referat ein, an das sich eine längere Aussprache knüpfte, in die fast alle Mitglieder des Vorstandes sowie Handelsminister Dr. Urban wiederholt eingriffen. Beschlüsse wurden bis zur Mittagsstunde nicht gefaßt. In derselben wurde von verschiedenen Seiten auf die Notwendigkeit der ehesten Einberufung des Reichsrates hingewiesen. Handelsminister Dr. Urban gab den Mitgliedern des Vorstandes die Absichten der Regierung in der Reichsratsfrage bekannt.

Abg. Sumner brachte folgende Anträge ein: Der Vorstand des Deutschen Nationalverbandes wolle beschließen, die Regierung sei aufzufordern, jene Maßnahmen zu treffen, die erforderlich sind, um bei den im Kriege geschaffenen Zentrallen, die einen über eine sechsprozentige Verzinsung des Stammvermögens hinausgehenden Gewinn ausweisen, diesen Gewinn zugunsten des Staatsschatzes zu enteignen und zur Wohlfahrtspflege für die unbemittelten Volksschichten zu verwenden;

durch Bestellung staatlicher Aufsichtsorgane zu verhindern, daß Teile des Gewinnes dem Zugriff des Staates entzogen werden, sei es durch Bilanzschiebungen, sei es durch Aufrechnung unangemessener Verwaltungskosten und anderer Regien, sei es durch Gewährung von Lantien oder anderen wie immer Namen habenden Bezügen an die zur Leitung berufenen Teilhaber (Aktionäre);

schließlich zu erwägen, ob und inwieweit die vorgenannten Maßnahmen auch auf andere Aktiengesellschaften auszudehnen wären.

Weiter legte Abg. Sumner folgenden Resolutionsantrag vor: Der Vorstand des Deutschen Nationalverbandes spricht die Erwartung aus, daß wenigstens einige Zentrallen eine Enteignung ihrer Gewinne nicht abwarten, sondern diese freiwillig dem Wohle der Allgemeinheit zur Verfügung stellen werden.

Ferner brachte Abgeordneter Sumner folgenden Antrag ein: Der Vorstand des Deutschen Nationalverbandes spricht seine Genugtuung darüber aus, daß die Regierung durch Erlassung strenger Bestimmungen ihren festen Willen bekundet hat, der Preistreiberi entschieden entgegenzutreten. Gleichwohl erachtet der Vorstand des Verbandes eine Revision der jüngst erlassenen Verordnung gegen die Preistreiberi unter Hinausgabe von Erläuterungen an die Gerichte für dringend geboten, da einerseits nach dem Wortlaute der nunmehr geltenden Bestimmungen zahlreiche Unschuldige getroffen werden, andererseits die von einzelnen Gerichten urteilsmäßig an den Tag gelegte Auffassung der Verordnung zur Unterbindung auch des legitimen Handels und damit zu einer sehr großen Gefahr für die Allgemeinheit führen müßte.